

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

**19. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung
mit Polizeibeirat**

Sitzungstermin:	Dienstag, 20.01.2026	
Sitzungsbeginn:	16:05 Uhr	
Sitzungsende:	21:05 Uhr	
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Silke Mählenhoff - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Zweite Stellvertr. Stadtpräsidentin		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Aydin Candan - SPD	Vertretung für: Herrn Dr. Marek Lengen	
Kimberly D`Amico - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Jochen Mauritz - CDU		
Markus Stappen - AfD		
Hülya Tac - CDU		
Frank Zahn - SPD		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
André Marx - SPD		
Peter Schüler - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
André Pätou - CDU	Vertretung für: Herrn Kevin Kleinert	
Stefan Höfel - Die Fraktion		
Katja Mentz - LINKE & GAL		
Rolf Müller - FDP		
Kirsten Petersohn - SPD		
Paul-Gerhard Röttger - CDU		
Beiratsmitglieder		
Thomas Wolff - Polizeidirektion Lübeck	bis 16:55 Uhr / TOP 8	
Sven Hermes - Polizei	bis 16:55 Uhr / TOP 8	
Helga Lietzke - Beirat für Senior:innen	nur öffentlicher Teil	
Joachim Schulz - Naturschutzbeirat	nur öffentlicher Teil	
Bennet Koslowski - Beirat für Menschen mit Behinderungen	nur öffentlicher Teil	

Verwaltung	
Petra Poltrock - 3.030 FBC	
Melanie Wöhlk - 3.320 Ordnungsamt	bis 20:21 Uhr
Ute Obel - 3.390 Umwelt, Natur u. Verbraucherschutz	nur öffentlicher Teil
Anke Caesar-Kronziel - 3.392 Umweltschutz	bis 20:35 Uhr
Barbara Schäfers - 3.390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz	nur öffentlicher Teil
Bettina Koch - 3.390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz	ab 17:00 Uhr bis 21:00 Uhr
Thomas Köstler - 3.370 Feuerwehr	bis 20:21 Uhr
Hannes Napp - 3.820 Stadtwald	bis 20:25 Uhr
Stefanie von Klonczynski - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	bis 21:00 Uhr
Piroska Csösz - 2.280 Wirtschaft und Liegenschaften	bis 19:50 Uhr
Protokollführung	
Julia Matthäus - Fachbereichsdienste FB 3	
Gäste	
Joschka Knuth - Staatssekretär im Ministerium für Energiewend, Klimaschutz, Umwelt und Natur	bis 19:50 Uhr / TOP 5.1
Rotraud Hänlein - Westküstenleitung im Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur	bis 19:50 Uhr / TOP 5.1
Philipp Schröder - TenneT TSO GmbH	bis 19:50 Uhr / TOP 5.1
Jan Niklas Wölfel - TenneT TSO GmbH	bis 19:50 Uhr / TOP 5.1
Jörg Baeskow - Bündnis Stadtwald	bis 19:50 Uhr / TOP 5.1
Sibylle Moll - Anwohnerin Bartelsholz	bis 19:50 Uhr / TOP 5.1
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Kevin Kleinert - CDU	entschuldigt
Dr. Marek Lengen - SPD	entschuldigt
Verwaltung	
Senator Ludger Hinsin - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	entschuldigt
Sonstige Personen	
Sven Klempau - Stadtfeuerwehrverband	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.11.2025	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Mitteilungen der Vorsitzenden	
3.2	Mitteilungen der Fachbereichsleitung	
3.2.1	Jahresrückblick 2025	
3.2.2	Weihnachtsbaum / Weihnachtsschmuckverkauf 2025	
3.2.3	Masterplan Klimaschutz und Kommunale Wärmeplanung	
3.2.4	Rufbereitschaft Gefahrenabwehr bei Unfällen mit wassergefährdenden Stoffen und Brandereignissen	
3.3	Beantwortung von Anfragen	
3.3.1	Antwort auf Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zur Straffung von Klimaschutz-Kampagnen	VO/2025/14661-01
3.4	Neue Anfragen	
3.4.1	AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Situation im Wohnkomplex Klipperstraße	VO/2026/14802
4	Berichte	
4.1	Masterplan Klimaschutz (MAKS) - 1. Monitoringbericht	VO/2025/14626
5	Beschlussvorlagen	
5.1	380/110 KV-Überlandleitung - TenneT	2025/14437-01-01
5.2	Bebauungsplan 32.26.00 - Helldahl/Leegerwall - Satzungsbeschluss	VO/2025/14752
5.3	Umsetzung des Gesetzes zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung (Bauturbo)	VO/2025/14760
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	Fraktion Linke & GAL zum Grundlagenbeschluss für den Entwurf des Flächennutzungsplans und den Verkehrsent-	VO/2025/14718

	wicklungsplan	
6.2	Die FRAKTION: Bürgersolarpark in Niendorf	VO/2025/14705
6.3	Fraktion Linke & GAL, AT: Einrichtung einer Energieagentur / eines Kompetenzzentrums Klimaneutralität	VO/2025/14000-01
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	AM Katja Mentz (GAL): Maßnahmen zum Erhalt und Schutz des Naturschutzgebiets Wakenitz und zur Förderung der Biodiversität	VO/2025/14226
8	Polizeibeirat	
8.1	Rückblick Weihnachtsmarkt 2025 und Jahreswechsel 2025/2026	
9	Verschiedenes	
10	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Die Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 19. Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Es wird festgestellt, dass die Sitzung fristgerecht einberufen wurde und die Tagesordnung allen Teilnehmer:innen zugegangen ist.

Herr Senator Hinsen ist für diese Sitzung entschuldigt.

Die Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Befangenheit:

Ferner macht die Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Verpflichtung:

Es sind keine zu verpflichtenden Ausschussmitglieder anwesend.

Begrüßung:

Die Vorsitzende teilt mit, dass zu TOP 5.1 Beschlussvorlage 2025/14437-01-01 „380/110 KV-Überlandleitung – TennT“ folgende Gäste anwesend sein werden:

Aus dem Ministerium für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur des Landes Schleswig-Holstein:

- Staatssekretär Joschka Knuth
- Westküstenleitung Rotraud Hänlein

von der TenneT TSO GmbH:

- Der Leiter Planung und Genehmigung für das Projekt der Elbe-Lübeck-Leitung Herr Philipp Schröder
- Referent für Bürgerbeteiligung der Elbe-Lübeck-Leitung Herr Jan Niklas Wölfel

Zudem haben folgende Bürgerinnen um eine Anhörung zu TOP 5.1 erbeten:

- Herr Jörg Baeskow vom Bündnis
- Frau Sibylle Moll, Anwohnerin Bartelsholz

Die Vorsitzende lässt über das jeweilige Rederecht zu TOP 5.1 en bloc abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig zu.

Die Vorsitzende begrüßt weitere folgende Gäste:

- Stellvertretender Leiter der Polizeidirektion Lübeck und leitender Kriminaldirektor Thomas Wolff und den stellvertretenden Leiter des Stabsbereiches 1 Herr Sven Harms für den Polizeibeirat.

Aus dem FB 5 wird anwesend sein:

- Frau Stefanie von Klonczynski zu TOP 5.3 VO/2025/14760 Umsetzung des Gesetzes zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung (Bauturbo)

Und aus dem FB 2:

- Frau Piroska Csösz für den TOP 6.2 VO/2025/14705 Antrag: DIE FRAKTION: Bürgersolarpark in Niendorf“ und für den TOP 5.1 VO/14437-01-01 380/11 KV Überlandleitung - TenneT

Zur Tagesordnung:

Die Vorsitzende zieht ihre Anfrage unter TOP 3.4.1 VO/2026/14802 „Situation im Wohnkomplex Klipperstraße“ zurück.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

Es wird gebeten TOP 13.1 – VO/2025/1460 Bericht: Gemeinsame kooperative Leitstelle mit der Polizei in einem Neubau der Feuerwache zu vertagen. Der Bericht soll erst in einer Sitzung der AG FEU besprochen werden. Hierzu spricht AM Zahn.

Die Vorsitzende lässt über die Vertagung abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt der Vertagung einstimmig zu.

Änderungen der Tagesordnung:

Es wird gebeten TOP 8 Polizeibeirat vorzuziehen und nach TOP 2.1 zu behandeln.

Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt der Zuordnung zu.

Es wird gebeten TOP 6.2 VO 2025/14705 Die Fraktion: Bürgersolarpark in Niendorf vorzuziehen und nach dem Polizeibeirat zu behandeln.

Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt der Zuordnung zu.

Es wird gebeten TOP 5.1 VO/2025/14437-01-01 380/110 KV-Überlandleitung – TenneT ab Anwesenheit von Staatssekretär Knuth zu behandeln.

Die Vorsitzende lässt über die Zuordnung abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt der Zuordnung zu.

Die Vorsitzende teilt mit, dass im Nichtöffentlichen Teil durch die Vertagung von TOP 13.1 nur die Niederschrift der Sitzung vom 18.11.2025 laut Tagesordnung behandelt werden solle. Auf Nachfrage beabsichtigt kein Ausschussmitglied im Nichtöffentlichen Teil eine Anfrage, Antrag oder ähnliches zu stellen.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Sie lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP 11 abstimmen:

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt der nichtöffentlichen Beratung der Angelegenheiten einstimmig zu.

Die Vorsitzende teilt mit, dass gem. §39 Abs. 3 der GeschO der Bürgerschaft über die Teilnahme von Verwaltungsmitarbeitenden im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor Eintritt abzustimmen ist.

Die Vorsitzende lässt über die Teilnahme von Frau Poltrock und Frau Matthäus abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig zu.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung beschließt einstimmig die Tagesordnung nach Maßgabe der gefassten Beschlüsse.

zu 2	Genehmigung der Niederschrift
------	-------------------------------

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 18.11.2025

Frau Matthäus führt aus, dass es zur Niederschrift des öffentlichen Teils über die 18. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung in der Wahlperiode 2023 bis 2028 vom 18.11.2025 einen schriftlichen Hinweis zu TOP 5.3 von AM Höfel gab:

TOP 5.3 380/110 KV-Überlandleitung – TenneT Vorlage: 2025/14437-01-01

AM Höfel habe mitgeteilt, dass er in der Sitzung ebenfalls vom Rederecht unter TOP 5.3 Gebrauch gemacht habe. Zudem sei AM Mentz in dem TOP zweifach genannt.

Frau Matthäus stimmt dem Hinweis nach Prüfung zu und bittet den Ausschuss, dies in der Niederschrift entsprechend korrigieren zu dürfen.

Die Vorsitzende lässt über die Änderung abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig zu.

Auf Nachfrage der Vorsitzenden keine weiteren Wortbeiträge.

Damit ist die Niederschrift in geänderter Fassung beschlossen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Mitteilungen der Vorsitzenden

Keine Wortmeldung.

zu 3.2 Mitteilungen der Fachbereichsleitung

zu 3.2.1 Jahresrückblick 2025

Die Vorsitzende teilt mit, dass aus dem Fachbereich 3 der Hansestadt Lübeck die jeweilige Bereichsleitung einen Jahresrückblick 2025 mit Themenschwerpunkten anhand einer Präsentation berichten werde. Die jeweilige Bereichsleitung berichtet anhand der Präsentation ihre Themenschwerpunkt.

Die Präsentation wird die Niederschrift beigelegt.

Die Vorsitzende bittet, aufgrund der fortgeschrittenen Zeit, Fragen im Februar zu stellen. AM Zahn ist damit nicht einverstanden. Hierzu reden, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, AM Mauritz, AM Müller, AM Zahn, die Vorsitzende.

Die TOP 3.2.1 Jahresrückblick 2025 soll im Februar erneut aufgerufen werden um ggf. auftretende Fragen zu beantworten.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.2.2 Weihnachtsbaum / Weihnachtsschmuckverkauf 2025

Herr Napp berichtet über den Weihnachtsbaum/ Weihnachtsschmuckverkauf 2025 aus dem Stadtwald mündlich. Das Ergebnis des Verkaufes sei sehr zufriedenstellend für den Stadtwald gewesen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.2.3 Masterplan Klimaschutz und Kommunale Wärmeplanung

Frau Obel verweist auf den TOP 4.1.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.2.4 Rufbereitschaft Gefahrenabwehr bei Unfällen mit wassergefährdenden Stoffen und Brandereignissen

Frau Caesar-Kronziel stellt die „Rufbereitschaft Gefahrenabwehr bei Unfällen mit wassergefährdenden Stoffen und Brandereignissen“ anhand einer Präsentation vor.

Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

Frau Caesar-Kronziel beantwortet die Fragen von AM Mauritz, AM Höfel, AM Schüler.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 3.3 Beantwortung von Anfragen

zu 3.3.1 Antwort auf Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zur Straffung von Klimaschutz-Kampagnen Vorlage: VO/2025/14661-01

Auf Nachfrage der Vorsitzenden keine Wortmeldung.

Antwort:

Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zur Straffung von Klimaschutz-Kampagnen

Insbesondere soll beantwortet werden:

1. Welche Maßnahmen aus dem Masterplan Klimaschutz (vgl. Maßnahmenblätter) werden im Hinblick auf den Beschluss der Bürgerschaft, die Zahl der Informations- und Werbekampagnen zu straffen und nur die notwendigsten durchzuführen, nicht weiterverfolgt? Es wird um eine einzelne Aufzählung der nicht mehr weiterverfolgten Maßnahmen gebeten (mit der Nummerierung aus den Maßnahmenblättern, z.B. "MO_EMA_3").
2. In welchem Prozess hat der Bürgermeister den Beschluss der Bürgerschaft zur Straffung der Zahl der Informations- und Werbekampagnen umgesetzt?
3. Sofern der Beschluss noch nicht umgesetzt ist: Wann ist mit der Umsetzung zu rechnen?
4. Welche Maßnahmen aus dem Masterplan Klimaschutz gemäß der Maßnahmenblätter mit den Instrumenten "Zeigen und Informieren", "Öffentlichkeitsarbeit" oder "Kampagne" werden auch nach dem Straffungsprozess weiterverfolgt.
5. Warum wird die Maßnahme "Gläserne Baustelle" fortgesetzt, obwohl die Bürgerschaft beschlossen hat, die Maßnahme nicht umzusetzen?
6. Wie bewertet der Bürgermeister angesichts der Haushaltslage die Notwendigkeit, Kampagnen wie "Gesundheitliche Vorteile der aktiven Mobilität bewerben" durchzuführen, obwohl hierzu, auch ohne eine kommunale Kampagne, aus öffentlichen Quellen reichlich Informationsmaterial frei zugänglich ist.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt die Anfrage und Antwort zur Kenntnis.

zu 3.4 Neue Anfragen

Auf Nachfrage der Vorsitzenden keine neuen Anfragen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

**zu 3.4.1 AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Situation im Wohnkomplex Klipperstraße
Vorlage: VO/2026/14802**

Gemäß TOP 1 wurde die Anfrage zurückgezogen.

Anfrage:

Auf die Anfrage der Grünen Fraktion im Sozialausschuss vom 02.12.2025 antwortete die Verwaltung, dass das Ordnungsamt bereits vor Ort war und keinerlei Vermüllungstendenzen feststellen konnte.

Diese Darstellung steht in Widerspruch zu Beobachtungen der LINKEn, des Grünen Mitgliedes des Sozialausschusses, Helmut Müller-Lornsen und der Lübecker Nachrichten vor Ort. Deshalb fragen wir die Verwaltung:

1. Wann genau fand die Begehung im Wohnkomplex Klipperstraße statt und welche Personen bzw. Ämter waren daran beteiligt?
2. Welche konkreten Mängel wurden bei der Begehung dokumentiert? Bitte um eine detaillierte Auflistung.
3. Aus welchen Gründen wurden trotz festgestellter Mängel keine Maßnahmen nach dem Wohnraumschutzgesetz eingeleitet?
4. Nach welchen Kriterien bewertet die Verwaltung, ob ein ordnungsrechtliches Einschreiten erforderlich ist?
5. Wie viele Beschwerden von Mieter:innen zum Wohnkomplex Klipperstraße liegen der Verwaltung vor und wann gingen diese ein?
6. Welche konkreten Maßnahmen zur Behebung der festgestellten Mängel wurden bisher ergriffen und von wem?
7. Worauf bezieht sich der Verweis auf fehlende Kapazitäten genau und welche Schritte werden unternommen, um diese zu schaffen?
8. Existieren bereits Pläne oder Zeitpläne für weitere Maßnahmen zur Mängelbehebung im Wohnkomplex Klipperstraße? Falls ja, welche?

zu 4 Berichte

zu 4.1 Masterplan Klimaschutz (MAKS) - 1. Monitoringbericht Vorlage: VO/2025/14626
--

Frau Obel berichtet, dass Frau Fröhlich in der Sitzung vom 18.11.2025 hierzu eine Präsentation vorgestellt habe. Auf Nachfrage von Frau Obel und der Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldungen.

Bericht:

Beschluss zur Austauschvorlage zu Masterplan Klimaschutz am 28.09.2023 (VO/2023/11957-02 und Beschluss der Umsetzung von prioritären Aktivitäten des Masterplans Klimaschutz am 27.06.2024 (VO/2023/11957-01-04-01)

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **380/110 KV-Überlandleitung - TenneT**
****Vorlage: 2025/14437-01-01****

Die Vorsitzende begrüßt alle anwesenden Gäste. Herr Niklas Ernst lässt sich entschuldigen. Frau Moll war unter TOP 1 noch nicht anwesend. Daher lässt die Vorsitzende über das gewünschte Rederecht von Sibylle Moll abstimmen.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung stimmt einstimmig zu.

Die Vorsitzende teilt dem Ausschuss den geplanten Ablauf mit:

Reihenfolge der Redebeiträge:

1. Die Mitarbeiter der TenneT TSO GmbH stellen anhand einer Präsentation die geplante 380/110 KV-Überlandleitung im Bereich „Lübeck Niendorf“ vor
2. Die Vertreter des Ministeriums
3. Herr Schulz für den Naturschutzbeirat
4. Herr Baeskow für das Bündnis Stadtwald
5. Frau Moll

Nach den Redebeiträgen sei die Diskussion der Vorlage beabsichtigt.

Es werden keine Einwände gegen das geplante Vorgehen erhoben.

Die Vorsitzende erteilt Herrn Schröder das Wort.

Herr Schröder von der TenneT TSO GmbH stellt die beabsichtigte Elbe-Lübeck-Leitung anhand einer Präsentation vor. Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.
Herr Schröder beantwortet die Fragen von AM Mentz, Herrn Schulz (Naturschutzbeirat), AM Höfel.

Die Vorsitzende erteilt Herrn Knuth das Wort.

Herr Knuth stellt einen kurzen Überblick bezüglich des Netzausbaues in Schleswig-Holstein vor. Unter anderem wird berichtet, dass die Zuständigkeit für die Genehmigung dem Amt für Planfeststellung Energie obliege. Das Thema „Energiewende“ und Klimaschutz müsse in Einklang gebracht werden. Aufgrund der Zuständigkeit, sei keine politische Diskussion im Land möglich.

Herr Knuth und ergänzend Herr Schröder beantworten die Fragen von AM Mentz, AM Zahn, AM D'Amico, AM Röttger.

Die Vorsitzende erteilt Herrn Schulz (Naturschutzbeirat) das Wort.

Herr Schulz hebt unter anderem noch einmal das bestehende Waldkonzept vor, welches auch einen Wert für den Klimaschutz habe und bittet darum, die alternative Nordumgehung zu prüfen.

Die Vorsitzende erteilt Herrn Baeskow (Bündnis Stadtwald) das Wort.

Herr Baeskow weist unter anderem auch auf das Waldkonzept hin und bittet darum, die alternative Nordumgehung zu prüfen.

Die Vorsitzende erteilt Frau Moll (Anwohnerin Bartelsholz) das Wort.

Frau Moll berichtet aus ihrer Sicht über den Mehrwert des Waldes in der Region.

Die Vorsitzende eröffnet die Diskussion.

Es reden, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, D'Amico, Herr Schröder, Frau Csösz, AM Mentz, AM Zahn, Herr Knuth, AM Petersohn, AM Pättau, AM Müller, AM Höfel, Herr Napp, Herr Schulz (Naturschutzbeirat).

AM D'Amico stellt einen Änderungsantrag. AM Zahn bittet, diesen nicht nur zu verlesen, sondern schriftlich bekannt zu geben. AM Zahn stellt den Antrag auf eine Beratungspause. Der Ausschuss wird um 19:24 Uhr für 20 Minuten unterbrochen.

Der Änderungsantrag wird in der Beratungspause per E-Mail an die Ausschussmitglieder übersandt.

AM Mentz beantragt die Abstimmung des Änderungsantrages absatzweise durchzuführen.
Die Vorsitzende lässt über den Änderungsantrag absatzweise abstimmen.

Absatz 1

Die Hansestadt Lübeck setzt sich für die Nordumgehung des Bartelsholzes unter folgenden Bedingungen ein:

Es werden keine Haushaltsmittel der Hansestadt Lübeck in Anspruch genommen, es werden keine Flächen der Stadt zum Tausch oder Verkauf angeboten und es wird gegen die Eigentümer der Flächen kein Zwangsenteignungsverfahren eingeleitet.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen (13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung).

Absatz 2

Die Hansestadt Lübeck unterstützt die Firma TenneT bis zum Ende des 1. Quartals 2026 bei der Klärung der Bedingungen eines Erwerbes / Pachtung der für die Maststandorte benötigten Flächen auf der Nordumgehung mit den betroffenen Landwirten / Eigentümer.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen (15 Ja-Stimmen).

Absatz 3

Sollte sich nach den Verhandlungen herausstellen, dass eine Nordumgehung nicht möglich ist, z.B. da die nötigen Flächen nicht zur Verfügung stehen, setzt sich die Stadt im Folgenden für die überarbeitete Planung der Waldüberspannung mit höheren Masten ein.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen (15 Ja-Stimmen).

Absatz 4

Es ist in der April-2026-Sitzung des USO zu berichten.

Abstimmung: Absatz: einstimmig angenommen (15 Ja-Stimmen).

Die Vorsitzende lässt über TOP 5.1 unter Berücksichtigung des Änderungsantrages abstimmen.

Beschluss:

~~Der Bürgermeister wird unter Aufhebung des Bürgerschaftsbeschlusses vom 24.07.2025 (VO/2025/14437-01) beauftragt, sich im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens zum Bau der 380/110 KV Elbe-Lübeck-Höchstspannungsleitung für die Überspannung als vorzuzie-~~

~~hende Variante des davon betroffenen Lübecker Stadtwalds (sog. „Bartelsholz“) im Vergleich zur geplanten Durchschneidung einzusetzen.~~

Die Hansestadt Lübeck setzt sich für die Nordumgehung des Bartelsholzes unter folgenden Bedingungen ein:

Es werden keine Haushaltsmittel der Hansestadt Lübeck in Anspruch genommen, es werden keine Flächen der Stadt zum Tausch oder Verkauf angeboten und es wird gegen die Eigentümer der Flächen kein Zwangsenteignungsverfahren eingeleitet.

Die Hansestadt Lübeck unterstützt die Firma TenneT bis zum Ende des 1. Quartals 2026 bei der Klärung der Bedingungen eines Erwerbes / Pachtung der für die Maststandorte benötigten Flächen auf der Nordumgehung mit den betroffenen Landwirten / Eigentümer.

Sollte sich nach den Verhandlungen herausstellen, dass eine Nordumgehung nicht möglich ist, z.B. da die nötigen Flächen nicht zur Verfügung stehen, setzt sich die Stadt im Folgenden für die überarbeitete Planung der Waldüberspannung mit höheren Masten ein.

Es ist in der April-2026-Sitzung des USO zu berichten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	2
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung beschließt einstimmig die Weitergabe der Beschlussvorlage an die Bürgerschaft in geänderter Fassung.

zu 5.2 Bebauungsplan 32.26.00 - Helldahl/Leegerwall - Satzungsbeschluss Vorlage: VO/2025/14752
--

AM Mauritz berichtet, dass die Vorlage am Vortag auch im Bauausschuss behandelt worden sei.

AM Mauritz wendet sich gegen die Einstufung der angrenzenden Parkanlage als Wald. Hierzu redet Frau Koch. Im vorliegenden Fall sei die Waldentwicklung von der Bürgerschaft als Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft mit der Zweckbestimmung „Sukzessionsfläche“ beschlossen.

Des Weiteren berichtet AM Mauritz, dass der Bauausschuss sich unter anderem für eine geänderte Fassung als Empfehlung für die Bürgerschaft ausgesprochen habe. AM Mauritz stellt den Antrag in der geänderten Fassung des Bauausschusses abzustimmen.

Hierzu reden, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, Frau Koch, Frau von Kloneczynski, AM Müller, AM Zahn, Frau Schäfers.

Die Vorsitzende lässt über die Vorlage in der geänderten Fassung des Bauausschusses abstimmen.

Änderungsantrag:

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung empfiehlt der Bürgerschaft die Vorlage geändert zu beschließen nach der Maßgabe, dass Regelungen zur Höhenbeschränkung von Wärmepumpen aus dem B-Plan gestrichen werden sollen.

Beschluss:

1. Die während der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) und der Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB zum Entwurf des Bebauungsplanes 32.26.00 – Helldahl/Leegerwall – abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und der sonstigen Träger öffentlichen Belange hat die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck geprüft und in die Abwägung eingestellt. Gleiches gilt für die Stellungnahmen aus vorangehenden Beteiligungsverfahren nach den §§ 3 und 4 BauGB, soweit sie für die Abwägungsentscheidung zum Bebauungsplan noch von Belang sind.

Der Bericht zur Prüfung und Abwägung der im Rahmen der durchgeführten Beteiligungsverfahren eingegangenen Stellungnahmen wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 1) gebilligt.

Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Auf Grund des § 10 Abs. 1 BauGB sowie nach § 86 der Landesbauordnung wird der Bebauungsplan 32.26.00 – Helldahl/Leegerwall – in der vorliegenden Fassung (Anlage 2) als Satzung beschlossen.

Die Regelungen zur Höhenbeschränkungen von Wärmepumpen werden aus den Festsetzungen gestrichen.

Die zugehörige Begründung wird in der vorliegenden Fassung (Anlage 5) gebilligt.

3. Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt den Beschluss des Bebauungsplanes durch die Bürgerschaft gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	2
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung beschließt einstimmig die Weitergabe der Beschlussvorlage an die Bürgerschaft in geänderter Fassung.

**zu 5.3 Umsetzung des Gesetzes zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung (Baturbo)
Vorlage: VO/2025/14760**

Die Vorsitzende teilt mit, dass die Vorlage am Vortag im Bauausschuss behandelt sei. Der Bauausschuss habe sich über eine geänderte Fassung als Empfehlung für die Bürgerschaft ausgesprochen.

Die Vorsitzende verliest die Empfehlung aus dem Bauausschuss:

„Der Bauausschuss habe einstimmig empfohlen geändert zu beschließen, dass der Ausnutzung aller Mittel des Bauturbos zugestimmt wird und alle Entscheidungsbefugnisse in dieser Sache, sowohl im Innen- als auch im Außenbereich, auf den Bauausschuss übertragen werde“

Hierzu reden, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, Frau Obel, Frau von Klonczynski, AM Mauritz, Herr Schulz (Naturschutzbeirat), AM Zahn.

AM Mauritz stellt den Antrag in der geänderten Fassung des Bauausschusses abzustimmen.

Die Vorsitzende lässt über die Vorlage in der geänderten Fassung des Bauausschusses abstimmen.

Beschluss:

1. Die Bürgerschaft beschließt die Änderung der Hauptsatzung gemäß Anlage 1.
2. Die Bürgerschaft beschließt die Änderung der Zuständigkeitsordnung gemäß Anlage 2.
3. Die Bürgerschaft beschließt die Anwendungsleitsätze gemäß Nr. 4 der Begründung zur Ausübung der mit den Beschlussziffern 1 und 2 übertragenen Zuständigkeiten.

Die Bürgerschaft stimmt der Ausnutzung aller Mittel des Bauturbos zu und überträgt alle damit zusammenhängenden Entscheidungsbefugnisse in dieser Sache, sowohl im Innen- als auch im Außenbereich, dem Bauausschuss.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	9
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	6
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig die Annahme der Beschlussvorlage in geänderter Fassung.

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 6.1 Fraktion Linke & GAL zum Grundlagenbeschluss für den Entwurf des Flächennutzungsplans und den Verkehrsentwicklungsplan
Vorlage: VO/2025/14718**

Auf Nachfrage der Vorsitzenden gibt es keine Wortmeldungen.

Antrag:

1) Der Beschluss vom 30.06.2022, VO/2021/10558 „Grundlagenbeschluss für den Entwurf des Flächennutzungsplans und den Verkehrsentwicklungsplan“ in geänderter Fassung wird aufgehoben und die ursprüngliche Vorlage erneut beraten. Insbesondere durch den Änderungsantrag von CDU und SPD, VO 2021/10558-08-01, Punkt 1. und Punkt 3. sind die Klimaziele nicht zu erreichen.

Dabei heißt es am Anfang der Vorlage: „Die Beschlüsse der Bürgerschaft zur Halbierung der Treibhausgasemissionen bis 2030 (Basis: 2019) und zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2040 setzen den verbindlichen Rahmen für den Flächennutzungsplan (FNP) und den Verkehrsentwicklungsplan (VEP).“

2) Die Verwaltung möge berichten, welche Änderungen in dem „Grundlagenbeschluss für den Entwurf des Flächennutzungsplans und den Verkehrsentwicklungsplan“ (Beschluss vom 30.06.2022) in Bezug auf den Flächennutzungsplan notwendig sind, um die Beschlüsse zum Erreichen der Klimaziele als verbindlichen Rahmen einhalten zu können.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	2
	Nein-Stimmen	13
	Enthaltungen	0
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung empfiehlt der Bürgerschaft mehrheitlich die Ablehnung der Beschlussvorlage.

zu 6.2 Die FRAKTION: Bürgersolarpark in Niendorf Vorlage: VO/2025/14705
--

Hierzu redet AM Höfel.

Auf Nachfrage der Vorsitzenden gibt es keine weiteren Wortmeldungen, sie lässt über die Vorlage abstimmen.

Antrag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, bei der Neuverpachtung der landwirtschaftlichen Flächen des Gutes Niendorf ein Zugriffsrecht der Stadt sicherzustellen, damit auf einer Teilfläche, die nach § 35 Baugesetzbuch für die Nutzung solarer Strahlungsenergie privilegiert ist, ein Bürgersolarpark entstehen kann.

Bis zur Sitzung der Bürgerschaft im Juni 2026 ist ein Bericht vorzulegen, der die Voraussetzungen für die Errichtung eines Bürgersolarparks darlegt. Dabei ist die Zielsetzung zu berücksichtigen, dass insbesondere Bürgerinnen und Bürger der Stadt die Möglichkeit der aktiven Beteiligung an der Energiewende erhalten, obwohl sie aufgrund von Vorgaben im

Weltkulturerbe oder durch den Denkmalschutz, bei Solaranlagen an ihren Gebäuden eingeschränkt sind. In dem Bericht sind alternative Betreibermodelle und das weitere Vorgehen darzulegen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	2
	Nein-Stimmen	12
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung empfiehlt der Bürgerschaft mehrheitlich die Ablehnung der Beschlussvorlage.

**zu 6.3 Fraktion Linke & GAL, AT: Einrichtung einer Energieagentur / eines Kompetenzzentrums Klimaneutralität
Vorlage: VO/2025/14000-01**

Frau Obel berichtet mündlich über den aktuellen Sachstand bezüglich der Abstimmung mit den Nachbargemeinden / Kommunen.

AM Mentz beantragt die Vertagung der Vorlage.

Die Vorsitzende lässt über die Vertagung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen.

Antrag:

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Gründung und Einrichtung einer kommunalen Energieagentur / eines Kompetenzzentrums Klimaneutralität zu initiieren.

Damit soll in Lübeck eine Anlaufstelle geschaffen werden, die nach dem Konzept einer „One-Stop-Agency“ aus einer Hand Beratung und Unterstützung anbietet sowie motivierende Beteiligungs- und Informationsformate für Bürger:innen, Unternehmen, Organisationen und Vereine organisiert und lokale Akteur:innen vernetzt.

Bis zur Bürgerschaftssitzung im Juli 2025 soll ein Konzept vorgelegt werden, das den finanziellen Mittel- und Personalstellenbedarf darstellt und Finanzierungsmöglichkeiten durch u.a. Fördermittel aufzeigt.

Sofern umliegende Gemeinden Interesse zeigen, sich an einer Energieagentur zu beteiligen, sollen die Möglichkeiten einer regionalen Ausweitung der Angebote und Aufgaben sowie der erweiterte Personalbedarf aufgezeigt werden.

Einzubindende Gruppen sind weitere Bereiche der Hansestadt Lübeck, Stadtwerke Lübeck, Wirtschaftsförderung Lübeck, Handwerkerschaft, Klima pro Lübeck, Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein, Finanzinstitute, Förder- und Finanzierungsexpert:innen, Hochschulen, bestehende Bürgerenergiegenossenschaften und ggf. weitere.

Zukünftige Aufgaben einer Wärme- und Energieagentur:

- Kampagnen zur Wärmewende und zum Klimaschutz für Bürger:innen und im Gewerbe¹ durchführen

- Beratung für Gebäudeeigentümer:innen zur Wärmewende, zu Klimaschutz und Klimaanpassung
- Fördermöglichkeiten für die Energiewende im Gewerbe² und für Bürger:innen³ aufzeigen und bereitstellen
- Information, Beratung und Unterstützung für die Gründung von Genossenschaften als Betreibermodell von Wärmenetzen in Quartieren, die nicht für den Anschluss ans Fernwärmenetz vorgesehen sind
- Projekte entwickeln und umsetzen, wie z.B.
 - (Quartiers-)Befragungen durchführen und Beteiligungsformate entwickeln, die in Kooperation mit Handwerksbetrieben, Energieberater:innen sowie Förder- und Finanzierungsexpert:innen für Bürger:innen und Gewerbetreibende in den Quartieren durchgeführt werden
 - Organisation von Informationsveranstaltungen wie „Tag der offenen Tür“, um erfolgreiche Musterbeispiele für energetische Sanierungen und Heizsysteme für unterschiedliche Gebäudetypen erlebbar zu machen und zu zeigen, wie Klimaschutzmaßnahmen direkt den Alltag verbessern, z.B. durch geringere Energiekosten
- Einrichtung und organisatorische Unterstützung eines fachkundigen Beirats (bestehend aus Akteur:innen der Zivilgesellschaft, sozialen Trägern, Kirchengemeinden, lokalem Handwerk, Architekt:innen, Wohnungswirtschaft, Mieterbund, politischen Parteien, Umweltschutzorganisationen, Stadtwerke und ggf. weitere) als Netz von Multiplikator:innen zur Verbesserung des Informationsflusses und des Dialogs.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung beschließt die Beratung der Vorlage zu vertagen.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

zu 7.1 AM Katja Mentz (GAL): Maßnahmen zum Erhalt und Schutz des Naturschutzgebiets Wakenitz und zur Förderung der Biodiversität Vorlage: VO/2025/14226

Frau Obel berichtet mündlich über den aktuellen Sachstand über die geplante Vorstellung eines Konzeptes.

AM Mählenhoff beantragt die Vertagung der Vorlage.

Die Vorsitzende lässt über die Vertagung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen.

Antrag:

Die Mitglieder des Umweltausschusses beschließen:

1. Gewässerpflegeplan

Die Hansestadt Lübeck erstellt für die Wakenitz und die auf Lübecker Gebiet liegenden Nebenbäche einen Gewässerpflegeplan. Der Pflegeplan soll Schutz- und Entwicklungsmaßnahmen enthalten, die für die Erhaltung und Entwicklung bestimmter, gefährdeter Pflanzen- und Tierarten und ihrer Lebensräume erforderlich sind. Hierbei sollen auch die Zuflüsse sowie die Ursachen von Schadstoffeinträgen und die Minimierung in Betracht genommen werden.

Naturschutzgruppen, Landwirte, Vereinigung der Wakenitz-Angler e.V., der Kreis Herzogtum Lauenburg, Lübeck Port Authority, die zuständigen Landesministerien Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern sollen einbezogen werden, um einen möglichst ganzheitlichen, kreis- und länderübergreifenden Ansatz verfolgen zu können.

2. Monitoring Flora und Fauna

Es wird eine Bestandsaufnahme durch- und ein dauerhaft fortlaufendes Monitoring für Pflanzen und Tiere in dem Lübecker Teil des Naturschutzgebietes eingeführt.

3. Pilotprojekt Schilf

Kurzfristig wird ein Pilotprojekt zur Renaturierung initiiert, und in einem abgegrenzten Untersuchungsgebiet erforscht, wie Schilf wieder dauerhaft an den Ufern angesiedelt werden kann. Damit soll die ursprüngliche Artenvielfalt wieder hergestellt und möglichst erhöht werden.

Bisherige Erkenntnisse, wie z.B. durch das Schilfprojekt der Thomas-Mann-Schule und des offenen Lübecker Labors (LoLa) sowie jahrzehntelange Erfahrungen und Beobachtungen von Lübecker Naturschützer:innen sollen einbezogen werden.

4. Pilotprojekt Renaturierung Niemarkter Landgraben

Der Niemarkter Landgraben, als Zufluss zur Wakenitz, wird ebenfalls zum Untersuchungsgebiet und Pilotprojekt für eine Renaturierung. Es soll ermittelt und evaluiert werden, wie hoch die Schadstoffeinträge in und über den Niemarkter Landgraben in die Wakenitz durch die Landwirtschaft und ggf. die Deponie Niemark sind und mit welchen Maßnahmen diese verhindert oder mindestens minimiert werden können, z.B. durch Einrichtung und Einhaltung eines mindestens zehn Meter breiten Uferschutzstreifens. Als weitere Maßnahme soll geprüft werden, ob der mit Nährstoffen angereicherte Schlamm (u.a. an der Mündung der Grönau), der teilweise eine drei Meter dicke Schicht bildet, in kleinen Teilabschnitten behutsam mit Saugbaggern entfernt und fachgerecht entsorgt werden kann. Auch soll die Einrichtung einer Retentionsfläche innerhalb des Niemarkter Landgrabens in Betracht gezogen werden, damit vor Mündung in die Wakenitz verhindert wird, dass abgelagerter Schlamm und darin enthaltene schädliche Stoffe z.B. bei vermehrtem Starkregen in die Wakenitz geschwemmt wird.

5. Personal- und Sachkosten

Für alle oben genannten Maßnahmen ist der zusätzliche Personal- und Sachkostenbedarf bis zur Haushaltssitzung 2026 zu ermitteln und zu benennen. Mit dem Land Schleswig-Holstein und auf Bundesebene ist zu klären, ob Landes- oder Bundesmittel zur Verfügung gestellt bzw. beantragt werden können.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung beschließt die Beratung der Vorlage zu vertagen.

zu 8 Polizeibeirat

zu 8.1 Rückblick Weihnachtsmarkt 2025 und Jahreswechsel 2025/2026

Herr Wolff berichtet aus dem Zuständigkeitsbereich der Landespolizei über den vergangenen Weihnachtsmarkt in der Lübecker Innenstadt mündlich. Die Durchführung der Einsatzmaßnahmen seien zum Teil in Kooperation mit dem Kommunalen Ordnungsdienst erfolgt.

Hierzu reden AM Zahn und AM Höfel.

Herr Hermes berichtet aus dem Zuständigkeitsbereich der Landespolizei über den Jahreswechsel 2025 / 2026. Silvester sei für die Polizei grundsätzlich die einsatzstärkste Nacht. Hierzu nimmt Herr Hermes Stellung zur Lage innerhalb der Hansestadt Lübeck und insbesondere zum „Behaimring“.

Herr Hermes und Herr Wolff beantworten die Fragen von AM Zahn und AM D’Amico.

Der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung nimmt Kenntnis.

zu 9 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 10 Ende des öffentlichen Teils

Die Vorsitzende schließt um 21:03 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum. Die Sitzung wird um 21:04 Uhr von der Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 16 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Nach Wiedereintritt in den öffentlichen Teil teilt die Vorsitzende mit, dass der Ausschuss für Umwelt, Sicherheit und Ordnung im nichtöffentlichen Teil keinen Beschluss gefasst habe. Die Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 21:05 Uhr.

Lübeck, den 31. März 2026

Silke Mählenhoff
Vorsitzende/r

Julia Matthäus
Protokollführung